

Frieden stiften weltweit

Versöhnung und Verantwortung



Dokumentation der Podiumsdiskussion zum **Internationalen Friedenstag 2009**

Bonn, 20. September 2009

Frieden stiften weltweit – Versöhnung und Verantwortung

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum
Internationalen Friedenstag 2009

Altes Rathaus der Stadt Bonn, 20. September 2009

mit

Prof. Dr. Jost Dülffer
Marcus Lenzen
Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling

Moderation: Dr. Corinna Hauswedell

Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit

Evangelischer Entwicklungsdienst

Friedrich-Ebert-Stiftung



Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt)
c/o BMZ
Dahlmannstr. 4
53113 Bonn

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
Ulrich-von Hassell-Str. 76
53123 Bonn

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Verantwortlich:

Marc Baxmann (FriEnt)
Dr. Wolfgang Heinrich (EED)
Martin Weinert (FES)

Redaktion: Dr. Susanne Reiff, to the point communication, Königswinter

Layout: kreutzberger . büro für visuelle kommunikation, Köln

Bildnachweis: Titel/Rückseite (von links nach rechts): CCP/Photoshare, D'Addario/Stadt Nürnberg, Presseamt Bundesstadt Bonn, UN Photo/Martine Perret, UN Photo, UN Photo/Ryan Brown, EC/ECHO/François Goemans, Presseamt Bundesstadt Bonn, UN Photo/John Isaac, UNESCO/Petterik Wiggers, UNHCR/A. Rodríguez, UN Photo/Mark Garten, Weltkarte/niceshot/fo-
tolia; Innenteil: S. 2, 4, 5, 9, 13, 17: Chris Willkomm, S. 7: D'Addario/Stadt Nürnberg, S. 8: Bundesarchiv 145 Bild-00004655, Fotograf: Reineke, S. 11: UN Photo/Martine Perret, S. 12: UN Photo/John Isaac, S. 15: UN Photo/Mark Garten S. 16: UNESCO/
Petterik Wiggers, S. 19: UNHCR/A. Rodríguez.

Gedruckt auf Recycling-Papier

ISBN: 978-3-86872-460-8

© September 2010

Inhalt

Editorial | 4

Marc Baxmann
Dr. Wolfgang Heinrich
Martin Weinert

Einleitung | 5

Dr. Corinna Hauswedell
Friedens- und Konfliktforscherin, Bonn/Belfast

Der schwierige Umgang mit der deutschen Vergangenheit | 6

Prof. Dr. Jost Dülffer
Universität Köln

Verantwortung für den Frieden | 10

Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling
Bundesminister a.D.
Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter für Bosnien-Herzegowina a.D.

Friedensarbeit umfassend und langfristig gestalten | 14

Marcus Lenzen
Britisches Ministerium für internationale Entwicklung (DFID)

Dilemmata, Brüche, Zeithorizonte – Zusammenfassung der Diskussion | 18

Marc Baxmann



Editorial

- **Marc Baxmann** | Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt),
- **Dr. Wolfgang Heinrich** | Evangelischer Entwicklungsdienst (EED),
- **Martin Weinert** | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Ein Blick in die deutsche Geschichte nach 1945 zeigt: Nach dem Ende von Krieg und Gewaltherrschaft beginnt ein mühsamer und langer Weg hin zu Gerechtigkeit und zu einem friedlichen Miteinander – sowohl nach innen als auch nach außen: Gesellschaften müssen ihre sozialen Beziehungen neu gestalten und ihr Wirtschaftssystem sowie ihr Bildungs- und Gesundheitswesen den Bedürfnissen einer Nachkriegsgesellschaft anpassen. Gleichzeitig sollen die von Krieg oder Gewaltherrschaft betroffenen Menschen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erfahren. Außenpolitisch müssen die ehemals kriegerischen Staaten die Versöhnung mit den einst verfeindeten Staaten suchen und ihre Friedensfähigkeit beweisen.

In seiner Nachkriegsgeschichte hat Deutschland diese vielfältigen Herausforderungen in unterschiedlichen Phasen mit mehr oder weniger Erfolg bewältigt. Diese positiven und negativen Erfahrungen bieten heute eine große Chance, weil sie der deutschen Friedenspolitik als wichtige Lehren dienen können.

Allerdings verbindet die deutsche Gesellschaft mit Versöhnungs- und Friedensarbeit meist unterschiedliche Dinge: Versöhnung bezieht sich primär auf die vielfältigen Initiativen, die sich aus der Verantwortung für das Unrecht und für die Verbrechen der NS-Zeit ableiten; Friedensarbeit befasst sich mit aktuellen Kriegen

außerhalb Europas und beinhaltet Aktivitäten der Außen- und Entwicklungspolitik.

Zu selten nutzen wir unsere Erfahrungen der Vergangenheits- und Erinnerungspolitik für die Herausforderungen der Friedensförderung in heutigen Nachkriegssituationen.

Was können wir aus unseren historischen Erfahrungen lernen und wie können wir diese für eine glaubwürdige und verantwortungsvolle internationale Friedenspolitik fruchtbar machen? Wo existieren Zusammenhänge und wo Abgrenzungen zwischen diesen Politikfeldern?

Zur Diskussion dieser und weiterer Fragen kamen knapp 100 Besucherinnen und Besucher am 20. September zur Podiumsdiskussion „Frieden stiften weltweit – Versöhnung und Verantwortung“, die zum Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen und im Rahmen des Bonner Friedenswochenendes 2009 stattfand.

Auf dem Podium diskutierten Prof. Dr. Jost Dülffer, Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln, Marcus Lenzen, Berater beim britischen Entwicklungsministerium (DFID) und Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter in Bosnien-Herzegowina.

Ihnen gilt unser Dank ebenso wie der Moderatorin Dr. Corinna Hauswedell. Ein besonderer Dank richtet sich auch an die Stadt Bonn, die für die Veranstaltung das Alte Rathaus zur Verfügung stellte.

Einleitung

→ Dr. Corinna Hauswedell



Mit dem Stichwort Versöhnung verbinden wir in Deutschland meist, dass sich Menschen und Staaten über den Gräben des Zweiten Weltkrieges die Hände reichen. Wir denken an die Arbeit des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, an das Deutsch-Französische Jugendwerk, an die deutsch-polnische Schulbuchzusammenarbeit, an die Gedenkstätten und an die Debatten über das Holocaust-Denkmal in Berlin. Vielleicht assoziieren wir Versöhnung auch mit der Zurückhaltung, die deutsche Politikerinnen und Politiker üben, wenn es gilt, kritische Worte gegenüber der aktuellen israelischen Regierungspolitik im Nahen Osten zu formulieren.

Wenn wir über Friedensarbeit sprechen, dann denken wir zum Beispiel an die gegenwärtige Arbeit des Zivilen Friedensdienstes im Ausland, an entwicklungspolitische Projekte, die Menschenrechtsarbeit der Kirchen und vieles andere. Vielleicht verbinden wir mit Friedensarbeit auch die außenpolitischen Missionen der Bundesregierung in akuten Krisen oder den schwierigen und lebensgefährlichen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan, der als Friedensmission bezeichnet wird und doch mehr und mehr das Gesicht eines Krieges bekommen hat. Aufgrund unserer Geschichte akzeptieren wir nur schwer, dass militärische Aktivitäten Teil von Friedensarbeit sein können. Dies zeigten unter anderem die jüngsten Debatten um das neue Ehrenmal der

Bundeswehr auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung.

Deutsche Versöhnungs- und Friedensarbeit scheinen vordergründig nur wenige Berührungspunkte zu teilen. Die Referenten der Podiumsdiskussion am 20. September 2009 wagten einen Brückenschlag und nahmen die Zusammenhänge zwischen Versöhnungs- und Friedensarbeit, aber auch die Trennlinien näher in den Blick – mit unterschiedlichen Perspektiven, fachlichen Hintergründen und persönlichen Erfahrungen.

Aus seiner geschichtswissenschaftlichen Perspektive erinnerte Jost Dülffer daran, dass der komplexe Versöhnungsprozess in Deutschland Jahrzehnte gedauert habe und noch nicht abgeschlossen sei. Bei der Aufarbeitung und im Umgang mit der Vergangenheit müsse man mindestens zwei Ebenen unterscheiden: Die erste richte den Blick nach innen, auf juristische, gesellschaftliche und mentale Prozesse in Deutschland, wie auf den Umgang mit deutschen Tätern und Opfern der NS-Zeit. Eine zweite Ebene betrachte Versöhnungsinitiativen nach außen, zunächst die Versöhnung mit den unmittelbaren Nachbarstaaten und Israel – später die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn und Russland, aber auch mit den Ländern des globalen Südens.

Christian Schwarz-Schilling berichtete von seinen persönlichen

Erfahrungen in den von Jost Dülffer zuvor beschriebenen Etappen deutscher Erinnerungs- und Vergangenheitspolitik. Dabei plädierte er für einen reflexiveren Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Eine Lehre könne sein, dass Friedenspolitik auf langfristige Ansätze setzen und beispielsweise auch die Bildungspolitik einbeziehen müsse. Umfassende Friedenspolitik beginne dabei schon zu Hause, denn auch Asyl- und Migrationspolitik seien Teil eines kohärenten und verantwortungsbewussten Politikansatzes.

Marcus Lenzen berichtete von seiner konkreten Arbeit in Nachkriegsgesellschaften im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Es kristallisierte sich immer wieder heraus, dass es weder einfache Lösungen noch Patentrezepte gibt. Grundlegende Fragen müssten hingegen immer wieder neu gestellt werden und eine geeignete Mischung aus verschiedenen Maßnahmen gesucht werden, um langfristige Friedensprozesse erfolgreich zu unterstützen.

Der schwierige Umgang mit der deutschen Vergangenheit

→ Prof. Dr. Jost Dülffer

In diesen Tagen jährt sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal und wir feiern den 60. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Diese beiden Jahrestage machen deutlich, welche weltpolitisch bedeutenden Entwicklungen zwischen 1939 und 1949 in Europa und eben auch in Deutschland stattfanden. Die Gewalthaftigkeit des Krieges und des Genozids ist heute schwer vorstellbar. Zwischen beiden Daten gibt es einen wichtigen Zusammenhang: Nur zehn Jahre nach dem Vernichtungskrieg und dem Genozid wurde ein neuer Staat – oder genauer gesagt, wurden bald zwei deutsche Staaten – gegründet, die gegenüber den Grenzen von 1937 lediglich Rumpfstaaen waren. Hatte man in dieser Zeit Lehren aus dem Krieg gezogen und falls ja, wie sahen diese aus?

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre: Nürnberger Prozesse, Entnazifizierung und Wiederbewaffnung

Ein Hauptanliegen der Alliierten war, die Deutschen zunächst unter eine gewisse Quarantäne zu stellen. Sie galten als nicht friedensfähig, und das nicht nur seit den vergangenen zehn bis zwölf Jahren. 1945/1946 fand der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess statt, der wenigstens auf dieser Ebene die Deutschen wieder langfristig friedensfähig machen sollte. Es war Teil der Sozialisierung

der Deutschen, dass einige wenige Hauptkriegsverbrecher vor Gericht kamen und exemplarisch bestraft wurden. Hitler war tot, Goebbels war tot, Himmler war tot – dennoch stellten die Alliierten einige markante Persönlichkeiten des NS-Regimes aus allen Sektoren vor Gericht mit Josef Göring als Hauptangeklagtem. Sie verurteilten diese exemplarisch für alle anderen nicht geahndeten Kriegsverbrechen. Dieses Verständnis der Nürnberger Prozesse kommunizierten die Alliierten auch in die deutsche Öffentlichkeit.

Etliche Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, viele mussten Haftstrafen verbüßen und nur wenige wurden frei gesprochen. Dies hatte eine positive Wirkung auf die deutsche Gesellschaft, aber es hatte auch einen unerwünschten Nebeneffekt: der Rest der Gesellschaft fühlte sich mental entlastet.

Dies hatte schwerwiegende Konsequenzen, zum Beispiel für die Entnazifizierung: Per Fragebogen fand ein wechselseitiges Weißwaschen von mehr oder weniger Verdächtigen statt. Diese Unschuldsbestätigungen nannte man nach einem bekannten Waschmittel auch Persilscheine, die mengenweise ausgestellt wurden. So beschäftigte sich die deutsche Nachkriegsgesellschaft nur wenig mit ihrer NS-Vergangenheit. Eine Anekdote aus den frühen 1950er Jahren zeigt dies mehr als deutlich:

Ich bin in einem kleinen holsteinischen Dorf groß geworden, wo jedes Jahr ein Feuerwehrfest stattfand. Dies war immer eine Attraktion – auch für uns Kinder. Als die örtliche Feuerwehr auf dem Fest antrat, hörte ich entsetzliches Gebrüll: Der Feuerwehrvorsitzende, ein ehemaliger Feldwebel, ließ seine Feuerwehrleute mit einem markigen Wehrmachtsgebrüll antreten. Der Eindruck eines Achtjährigen war: Donnerwetter, wir können es noch. Der Stolz auf das Geleistete war noch sehr deutlich vorhanden.

Zunächst war es für die Alliierten genauso wie für die meisten Deutschen undenkbar, dass es auf absehbare Zeit wieder deutsche Soldaten geben sollte. Aber der Koreakrieg führte ab 1950 in Europa zu der Meinung, dass Deutschland doch wiederbewaffnet werden müsse, weil weithin ein Krieg erwartet wurde. Die Krise zwischen Nord- und Südkorea projizierten die Menschen auf Ost- und Westdeutschland und nahmen sogar an, dass ein Krieg notwendig sei.

Insbesondere in der Zivilbevölkerung herrschte die Stimmung vor, dass sich das Leid des 2. Weltkrieges wiederholen werde. Erst meine Generation von Staatsbürgern und Historikern setzte dieser Mentalität ein Ende und machte den Menschen klar: Der vom Deutschen Reich entfesselte Zweite Weltkrieg und der damit Hand in Hand gehende Völkermord war das eigentliche Ereignis – alle negativen



Folgen, die die deutsche Gesellschaft vom Bombenkrieg bis zur Flucht und Vertreibung bestraften, erklären sich nur aus dem Krieg heraus. Dieser Bewusstseinswandel ist ein wichtiger Prozess gewesen, der in der alten Bundesrepublik Jahrzehnte gedauert hat.

Der Umgang mit Tätern und Opfern

Wie gingen die Deutschen mit ihrer Vergangenheit um? Insbesondere stellte sich in der Bundesrepublik die Frage, wie man mit den eigenen Tätern und Opfern verfahren sollte. Ein geplantes Ehrenmal in der provisorischen Hauptstadt Bonn sorgte für heftige Diskussionen; 1964 wurde schließlich am Kunsthistorischen Museum eine Tafel mit der Inschrift „Den Opfern der Kriege und Gewaltherrschaft“ angebracht. Diese Inschrift vereinte Rückblick und Gegenwartsbestimmung, denn das Ehrenmal wurde am 16. Juni 1964 eingeweiht, am Vorabend des Tags der Deutschen Einheit. Krieg und Gewaltherrschaft interpretierte die Gesellschaft allerdings als aktuelle Phänomene, nicht als Verweis auf deutsche Verbrechen während der NS-Herrschaft.

In den 1960er Jahren erkannten die Menschen jedoch zusehends an, dass es zweifellos Täter in der deutschen Gesellschaft gab. Diese Tatsache verkleisterten die Menschen aber gerne mit der Formulierung, dass

„im deutschen Namen“ und nicht „von Deutschen“ sehr viel Unrecht geschehen sei. Die Leiden der Deutschen standen dabei im Vordergrund.

Nach der deutschen Einheit errichtete die Bundesrepublik 1993 in der unsäglich vergrößerten Berliner Neuen Wache mit der von Käthe Kollwitz geschaffenen Skulptur der Trauernden Mutter eine zentrale Gedenkstätte, wo es erneut heißt: „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“. Am Rande führte man aber immerhin die unterschiedlichen Opfergruppen auf und machte auf die zentrale Unterscheidung aufmerksam, wer unfreiwillig Opfer wurde oder wessen gedacht wird, weil er als Soldat getötet wurde. Eine Differenzierung der Opfer wurde damit immerhin angedeutet.

Langsamer mentaler Wandel

Die Auseinandersetzung mit dem kriegerischen und gewaltherrschaftlichen Vergangenen gestaltete sich in Deutschland sehr langwierig. Dies gilt auch für Versuche, die Rolle der Deutschen als Täter und Opfer aufzuarbeiten und dabei die gesamte Gesellschaft einzubeziehen. 1958 begannen in Ulm die Prozesse gegen die Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes (SD), 1963 die großen Auschwitz-Prozesse. Aber erst mit dem Generationswechsel der 1960er Jahre setzte langsam ein mentaler Wandel ein, der vielleicht am deutlichsten im Zuge

der Wehrmachtsausstellung in den 1990er Jahren zum Ausdruck kam, als die gesamte deutsche Gesellschaft ihre Rolle in der NS-Zeit diskutierte.

Phasen der Versöhnung nach außen

Die folgenden drei Beispiele illustrieren, wie sich Ausgleich und Versöhnung nach außen gestalteten:

1. Versöhnung gegenüber den Nachbarn

Seit den 1950er Jahren setzte die Bundesrepublik Deutschland auf die Westintegration, geleitet vom politischen Impuls, dass diese Orientierung notwendig sei. Das Verhalten der Regierung Adenauer gegenüber Frankreich und Israel zeigte dies deutlich.

In der Frankreichpolitik dominierte nicht der Wunsch nach Versöhnung, stattdessen spielten gewisse Vorleistungen eine zentrale Rolle. Hierzu gehörte anfangs die ökonomische Integration der Schwerindustrie als kriegsvorbeugendes Mittel, die dazu diente, die Deutschen als friedensfähig darzustellen. Dies war fundamental für das deutsch-französische Verhältnis, denn 1963 kam, ohne dass ausdrücklich eine Entschuldigungspolitik betrieben worden wäre, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag zustande, der dieser neuen Orientierung im Westen größere Normalität verlieh.



Ähnliches galt auch für die Politik gegenüber Israel. In den frühen 1950er Jahren handelten Adenauer und Ben Gurion mit großer Bestimmtheit Entschädigungszahlungen aus. Parallel zu streng geheimen Waffenlieferungen Anfang der 1960er Jahre vollzog sich eine mentale Versöhnung. Sehr zugespitzt formuliert bedeutete dies: Die materiellen Kooperationen mit dem Westen (inklusive Israel) schufen eine stabile Grundlage für die bereits begonnene mentale Aussöhnung.

▲ 2. Aussöhnung mit dem Osten

Im Osten herrschten die Kommunisten bis in die Mitte Deutschlands hinein und so dominierte der Kalte Krieg die bundesrepublikanische Politik und Gesellschaft. Insbesondere gegenüber Polen unternahmen allen voran die Kirchen erste Aussöhnungsschritte, die in den 1960er Jahren die CDU-Regierung, später die große Koalition und intensiver dann die sozial-liberale Koalition Brandt/Scheel fortführten. Trotz der kommunistischen Herrschaft im Osten thematisierte Deutschland die Leiden dieser Staaten und Gesellschaften unter deutscher Herrschaft. Die dortige Bevölkerung hatte wesentlich intensiver unter Besatzung, Genozid und Krieg gelitten als die Menschen im Westen. Willy Brandts Kniefall in Warschau von 1970 ist die Ikone dieser Aussöhnung, auch wenn er am Ghetto-Denkmal für die polnischen Juden

niederkniete und nicht am Denkmal für den Warschauer Aufstand von 1944. Für manche Polen war diese Geste nur schwer zu akzeptieren. Erst seit den 1970er Jahren verlief die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zeitversetzt in eine ähnliche Richtung wie mit den westlichen Nachbarn. Die Aussöhnung mit der Sowjetunion begann allerdings erst während der Ära Gorbatschow in den 1980er Jahren.

▲ 3. Der „Süden“

Auch bei der Aussöhnung, Versöhnung und Hilfe gegenüber der sogenannten Dritten Welt stand am Anfang der christdemokratischen und dann auch der sozialdemokratischen Entwicklungszusammenarbeit die materielle Hilfe. Diese sollte die Partnerländer in die Lage versetzen, Wohlstandsgesellschaften nach westlichem Muster einzurichten und so letztlich Frieden zu verbreiten. Also nicht primär ein humanitärer Impuls bestimmte die Rhetorik, sondern der materielle Wiederaufbau. Stadien wirtschaftlichen Wachstums wie im Westen übertrug man einfach auf die Dritte Welt. Das hatte zum Teil dramatische Fehlleistungen zur Folge, weil die Grunderwartungen schon nicht stimmten. Dies lag allerdings nicht an der Vergangenheit, sondern war dem Herangehen an Unabhängigkeit und Aufbau der Entwicklungsländer geschuldet.

„Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen“

In engem Zusammenhang mit Frieden und Aussöhnung stand auch die Frage der deutschen Remilitarisierung oder Wiederbewaffnung, wie die beiden großen politischen Lager der Bundesrepublik die Wiederausrüstung nannten. Ab 1950 forderten primär die Westalliierten und natürlich Teile der ehemaligen Militärelite, dass Deutschland wieder Soldaten brauche. Eine breite Bewegung sprach sich jedoch dagegen aus und verlangte nicht nur „Nie wieder Krieg“, sondern auch „Nie wieder deutsche Soldaten“. Doch 1955 gründete die junge Bundesrepublik ihre Bundeswehr und nur wenige Jahre später stellte sich bereits die Frage der Aufrüstung mit atomaren Trägerraketen. Die Bundeswehr blieb in den gesamten 1950er Jahren umstritten. Die Kritik wurde lediglich durch die Tatsache abgeschwächt, dass die Bundeswehr wie heute keine selbständige nationale Armee darstellte, sondern fest in die NATO eingebunden war. Hierdurch bewahrte man sozusagen die deutschen Soldaten vor einem nationalistischen, aggressiven Sonderweg. Es gab damals den Spruch: „Was macht der Deutsche, wenn es jetzt Krieg gibt? Er geht nach Hause, weil er seinen Verteidigungsauftrag verfehlt hat.“ 1973 traten beide deutschen Staaten den Vereinten Nationen bei, blieben aber in ihren jeweiligen militärischen Bündnissen eingebunden.

Die Vereinten Nationen stellten keinen angemessenen Raum für Versöhnung dar, allenfalls einen Rahmen für die Bewältigung von Krisen – dennoch haben sie sich seither zu einer Institution entwickelt, die Gewalt und Kriege eingrenzen soll. Trotz der Einbindung der Bundesrepublik in die UN, blieb die NATO der wichtigere Faktor, um einen deutschen Eigenweg in Europa zu verhindern.

Dies stellte auch einen zentralen Eckpunkt der Staatsraison der alten Bundesrepublik bis 1990 und darüber hinaus dar. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 hieß es: „Die Regierungen

der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärung, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“.

Vorausgegangen war im Februar 1990 ein Dialog zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl, in dem Gorbatschow sagte: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.“ Helmut Kohl antwortete: „Von deutschem Boden darf nur noch Frieden ausgehen.“ Auch im wiedervereinten Deutschland blieb die Friedensfähigkeit der Deutschen konstitutiv.

Die Frage, ob Deutschland in den vergangenen 60 Jahren den Übergang von einer Kriegs- zu einer Friedenskultur geschafft habe, erscheint mir diskussionswürdig. Einerseits gibt es starke Argumente, die dafür sprechen. Auf der anderen Seite aber muss man eben auch die Normalität des vereinten Deutschlands in einem vereinten Europa betonen, in dem der größte Staat Mitteleuropas in der europäischen Integration eine Sonderrolle, die aus dem Zweiten Weltkrieg her kommt, nicht mehr in gleicher Art und Weise beanspruchen kann.



→ Der Historiker Prof. Dr. Jost Dülffer ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen und Historische Friedens- und Konfliktforschung an der Universität zu Köln. Er befasst sich insbesondere mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, mit der Nachkriegszeit und mit dem Völkerrecht.

Dülffer studierte Geschichte, Latein und Politische Wissenschaften sowie Soziologie an den Universitäten Hamburg und Freiburg von 1962 bis 1969. Er promovierte 1972 und habilitierte 1979 an der Universität zu Köln. Dort lehrte und forschte er als Professor für Neuere Geschichte von 1982 bis 2008. Zeitweise lehrte er auch an den Universitäten in Aachen und München. 2005/2006 war er Konrad Adenauer Visiting Professor am BMW Center for German and European Studies, School for Foreign Service, Georgetown University, Washington, D C.

Verantwortung für den Frieden

→ Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling

Viel zu selten rufen wir uns – wie Professor Dülffer es soeben getan hat – den historischen Kontext in Erinnerung, wenn wir die Gegenwart analysieren und die Zukunft gestalten. Naheliegende historische Erfahrungen verdienen wesentlich mehr Beachtung. Der Internationale Friedenstag der Vereinten Nationen soll unter anderem den Blick dafür schärfen, welche unterschiedlichen Aspekte von Versöhnung es für Friedensförderung und Streitschlichtung zu beachten gilt.

Diese Aspekte können auf persönlichen historischen Erfahrungen beruhen, die insbesondere in meiner Generation sehr reich vorhanden sind. Ich war gerade alt oder jung genug, um das Ende des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus zu erleben und meine wichtigsten persönlichen Erfahrungen in der Familie sowie in Bezug auf Staat und Volk zu machen. Was bedeutet es, inmitten eines Volkes zu leben, das nicht friedensfähig und völlig unzugänglich für Überlegungen dieser Art ist? Die persönlichen Erfahrungen spielen eine sehr wichtige Rolle für einen Politiker, der jedoch auch Erfahrungen verarbeiten muss, die zeitlich vor seinem eigenen Leben liegen. Hierfür sind dann geschichtliche Studien zu betreiben, um so aus der Vergangenheit entsprechende Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Als junger Mensch beschäftigte ich mich sehr intensiv mit Geschichte, allerdings mit einer etwas globaleren Sichtweise

als nur vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen während des Krieges und im Nachkriegsdeutschland.

Für mich stand zunächst im Vordergrund, selbst zu überleben und die Ereignisse und Ergebnisse dieses Krieges zu bewältigen.

Sobald solch ein erster Schritt gelungen ist, sollte man eine gewisse Zeit seines Lebens dafür sorgen, dass sich das, was man als junger Mensch erlebt hat, nicht wiederholt. Diese Erkenntnis war der große Ansporn dafür, dass ich mich neben meiner beruflichen Laufbahn in der Politik engagierte.

Es war für mich als junger Mensch der erste wirklich große Schock, aus der sowjetischen Besatzungszone nach West-Berlin zu reisen, wo mein Vater eine Anstellung hatte, und dort plötzlich Freiheit kennenzulernen: Meinungsfreiheit, keine Angst vor der Polizei, Freiheit von dem, was ich als junger Mensch erlebt hatte. 1956 kamen die Radiomeldungen aus Ungarn und wir hörten Menschen uns mit großem Mut und mit großer Standhaftigkeit anflehen: „Helft uns, denn wir sind gerade dabei, Europa mit zu verteidigen.“ Die folgenden Ereignisse waren nicht voraussehbar, aber es schockierte mich, dass der Westen die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands mit befördert hatte. Als die ungarischen Grenzen offen waren und Ungarn den Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte und sich

den Vereinten Nationen unterstellte, marschierte die Sowjetunion keineswegs sofort dort ein oder verstärkte ihre Kräfte, sondern sie wartete ab. In diesem Moment starteten England und Frankreich den so genannten Suez-Krieg mit der Bombardierung Ägyptens. Mit einem Schlag war die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und insbesondere des Westens in Ägypten und nicht mehr in Ungarn. In der nächsten Nacht rollten sowjetische Panzer in Budapest ein.

Das war für mich eine der schwersten Enttäuschungen meines Lebens, denn ich hatte fest an Europa geglaubt. Nur drei Jahre nach dem Aufstand des 17. Juni war eine derart rückwärts gerichtete Politik ein Schock für einen jungen Menschen, der damals gerade sein Universitätsstudium abgeschlossen hatte und Europa als die Zukunft sah. Ich schrieb in mein Tagebuch: „Wenn Du jemals in die Politik gehen und Verantwortung tragen solltest, dann wirst Du wissen, auf wessen Seite Du stehst, falls es einmal zu einer vergleichbaren Situation kommt.“

„Bestimmte Entscheidungen kann man nur persönlich treffen“

Ab 1992 beschäftigte ich mich intensiv mit den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, eine Region, mit der ich zuvor kaum Kontakt hatte. Dies änderte sich jedoch, als ich erfuhr, wie



Menschen dort massakriert wurden, dass Konzentrationslager und systematisch Vergewaltigungshäuser für die bosnischen Mädchen eingerichtet wurden. Dies ging einher mit einer Ideologie eines neuen Rassenwahns, die an die Stelle des zusammengebrochenen Kommunismus trat. Der tschechoslowakische Präsident Havel hatte bei der Eröffnung einer Konzentrationslager-Gedenkstätte einmal sehr klar gesagt: „Wenn wir nicht fähig sind, dem Bösen von Anfang an die Stirn zu bieten, riskieren wir, dass wir später dazu nicht im Stande sind. In jedem Nachgeben gegenüber dem Gewalttäter ist die Gefahr enthalten, dass das Rad des Grauens erneut beginnt sich zu drehen.“ Und in der Tat, es drehte sich immer schneller.

1992 wurde mir klar, dass ich eine Verantwortung hatte, die darüber hinausging, ein guter Bundesminister für Post und Telekommunikation zu sein. Jeder Beschluss des Kabinetts war auch meine Verantwortung – unabhängig davon, für welches Ressort ich persönlich zuständig war. Ich setzte mich dafür ein, dass die Bundesrepublik innerhalb ihrer Bündnisse NATO und Europäische Union im ehemaligen Jugoslawien schnellstens handelt, konnte mich mit dieser Position im Kabinett allerdings nicht durchsetzen. Ich hatte zwar viele Unterstützer, aber die Mehrheit des Kabinetts hatte sich mit diesen Fragen noch nicht befasst. So trat ich als Minister zurück und wandte mich der Außenpolitik zu, wurde

Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und arbeitete gut mit meiner Fraktion zusammen.

So trugen meine Erlebnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus, die befreienden Momente in West-Berlin, als sich mir eine ganz neue Lebensperspektive eröffnete, der Ungarn-Aufstand von 1956 und die aktuelle Situation auf dem Balkan zu meinem dortigen friedenspolitischen Engagement bei.

Die Friedensverantwortung des Staates in der Nachkriegsordnung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik vollzog 1949 gegenüber der Weimarer Verfassung eine entscheidende Wende, die Konrad Adenauer so beschrieb: „Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze wie ihre Orientierung.“ Manche politische Entscheidungen sollten gemäß dieser Staatsraison hinterfragt werden: Liegt der Entscheidung eine Orientierung auf die Person zugrunde oder ist sie Ausdruck eines überkommenen Staatsdenkens? Wir dürfen nie vergessen, dass jeder beim Gebrauch seiner Freiheit verpflichtet ist, seiner Verantwortung gerecht zu

werden, die er für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.

Für staatliche Institutionen, die für jegliches politische Handeln notwendig sind, gelten andere Voraussetzungen als für Privatpersonen, die – solange sie dem Gemeinwesen nicht schaden – nach ihrem Glauben und nach ihren persönlichen Auffassungen alles denken können, was sie für richtig halten. Für den Staat gelten indes gewisse objektive Kriterien.

Nur durch harte Kämpfe wurden die Länder Europas im Hinblick auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu freiheitlichen Staaten. Diese Freiheit ist jedoch nicht für immer geschenkt, sondern sie ist nur so lange gültig, wie die verantwortliche Generation mit diesem Wertesystem verbunden bleibt. Sobald dies nicht mehr der Fall ist, gerät auch die Freiheit wieder in Gefahr.

So musste meine Generation miterleben, wie die Barbarei des Nazismus die freiheitlichen und demokratischen Werte, die wir in Europa über 500 Jahre aufgebaut hatten, mit einem Schlag vernichtete. Wir hatten uns nicht rechtzeitig dafür eingesetzt, dass dieser Wertebezug weiterbesteht. Es wurde damals klar: Es bedarf Mut und Kraft, um in einer entsprechenden Situation für seine Werte zu kämpfen. Dort, wo Frieden noch besteht, gilt es, mit friedlichen Mitteln den Frieden auszuweiten und zu stärken. Mit einer



solchen Situation sind wir auch heute wieder konfrontiert.

Die Rolle der Vereinten Nationen

Nach dem Ersten Weltkrieg scheiterte der Versuch, einen Völkerbund zu gründen; die Nachkriegsordnung war statt auf Versöhnung auf Vergeltung, Rache und Großmannssucht ausgerichtet. Somit begann sich – um bei Havels Bild zu bleiben – das Rad der Gewalt wieder zu drehen, weil Kommunisten und Nationalsozialisten am selben Strang zogen und somit letztere den Zweiten Weltkrieg begannen. Deutsche und Franzosen wie etwa Aristide Briand oder Gustav Stresemann hatten sich sehr für den Völkerbund eingesetzt, konnten aber nichts gegen den Geist der Zeit ausrichten: Die Mehrheit der Bevölkerung war noch rückwärtsgewandt und wollte keine Demokratie.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es erneut zu Versuchen, einen Völkerbund zu gründen. Auf dem Weg zu den Vereinten Nationen gab es zahlreiche Hindernisse wie etwa die Konstruktion des Sicherheitsrates: Da sowohl die Teilhabe Englands und Frankreichs, aber insbesondere auch der Sowjetunion als enorm wichtig erachtet wurde, rang man den sowjetischen Machthabern ihre Einbindung in eine Institution der Weltgemeinschaft ab und gewährte

den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates ein Vetorecht. Damit konnten die großen Mächte das Recht immer wieder außer Kraft setzen und es ihren politischen Interessen opfern. Ein Beispiel hierfür war zum Beispiel der Koreakrieg: Als der russische Diplomat Andrej J. Wyschinski im Sicherheitsrat gerade nicht präsent war, nutzten die Vereinigten Staaten und andere die Gelegenheit, einen klaren Beschluss gegen die Aggression Nordkoreas gegenüber Südkorea zu fassen, wodurch die Verteidigung Südkoreas durch die UN gedeckt war. Seitdem haben fast alle Großmächte – von ihren eigenen Interessen geleitet – das Vetorecht genutzt. Die Vereinigten Staaten deckten zum Beispiel Israel immer wieder durch ein Veto mit der Konsequenz, dass nach jahrzehntelangem Konflikt keine Aussicht auf eine Friedenslösung besteht.

Das Vetorecht führte auch bei kleineren Konflikten dazu, dass der Sicherheitsrat keine klaren Entscheidungen fällte, wie zum Beispiel beim Dayton-Vertrag von 1995. Dieser war das Ergebnis der damaligen Machtkonstellation auf dem Balkan, denn Slobodan Milosovic saß mit am Verhandlungstisch! Wie dankbar können wir Deutschen heute sein, dass uns die Alliierten mit den Kontrollratsanweisungen Nr. 1 bis 4 den Weg bestimmten. Wohin soll dagegen der Weg für ein Bosnien führen, das bis heute mit den Folgen einer solchen Konstellation lebt?

Die Friedensverantwortung Europas

Die Vereinigten Staaten beendeten durch ihr Engagement den Bosnienkrieg, obwohl sie angenommen hatten, die Europäer würden nach dem Ende des Kalten Krieges im Balkan aktiv werden. Aber wir in Europa haben nur sehr langsam ein Interesse für unsere Verantwortung in der Welt entwickelt. Die Versöhnungspolitik gegenüber dem Osten ist nicht sehr weit gekommen. Fühlen wir uns überhaupt verantwortlich für das, was dort passiert?

Die Herrschaft Titos wurde nur durch die Politik der Nationalsozialisten ermöglicht. Weil sich die Bevölkerung auf dem Balkan verteidigen musste, wurden die in Südosteuropa schon fest vorhandenen demokratischen Gepflogenheiten vom Tisch gefegt.

Wir haben Mitverantwortung! Wo bleibt die deutsche Verantwortung? Natürlich schickte Deutschland Truppen in den Kosovo, aber wo ist die Friedensverantwortung? Wo sind unsere Fachleute? Die Amerikaner schickten 1945 nach dem Sieg über die Nationalsozialisten entsprechende Fachleute nach Europa. Oft waren Emigranten in amerikanischen Uniformen in der „Re-Education“ aktiv. Dabei wurden viele Fehler gemacht, aber entscheidend war der Impetus. Wo ist heute der Impetus Europas oder Deutschlands?

Verantwortungsvolle Friedenspolitik beginnt zu Hause

Unsere Verantwortung für den Frieden hat auch eine aktuelle Dimension in Deutschland selbst: im Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Den Blick in die Vergangenheit zu richten, hat dabei nur dann einen Sinn, wenn wir aus der Vergangenheit Lehren für uns und für unsere Nachbarn ziehen. Die deutsche Bevölkerung nahm mit großer Herzlichkeit allein über 350.000 Flüchtlinge aus Bosnien auf, die Behörden aber verhielten sich zum Teil menschenverachtend gegenüber den Flüchtlingen und waren nicht in der Lage einzuschätzen, was es bedeutet, wenn jemand sagte: „Ich komme aus Srebrenica“. Vergleichbar

ist diese Aussage mit der eines Juden, der sagt: „Ich war in Auschwitz“.

Deutschland muss in seiner Flüchtlings- und Integrationspolitik seine eigenen Erfahrungen konstruktiv nutzen! Wenn am 28. September 2009 – wahrscheinlich nicht zufällig einen Tag nach der Bundestagswahl – viele Kosovo-Albaner, insbesondere Roma, in den Balkan abgeschoben werden sollen, dann kann ich nur sagen: Wo sind die politischen hellen Köpfe, die sagen, dass Deutschland sich so etwas nicht erlauben darf! Die Betroffenen sind seit acht, zehn oder zwölf Jahren hier in Deutschland, die Kinder sprechen nur Deutsch, und trotzdem werden sie vertrieben. Der Bundestag verabschiedete am 30. Juni

2000 einen Beschluss, der dies anders festlegt. Aber wir haben uns nicht gekümmert! Deshalb kann ich nur sagen: Der Kampf geht auch bei uns weiter. Menschenrechte sind nicht ein für allemal hier geboren, sondern sie gehen immer wieder verloren, wenn es nicht genügend Menschen gibt, die aufstehen und für Korrektur sorgen.

Ich hoffe, dass nicht nur ältere Leute wissen, um was es geht, sondern auch die jüngeren Generationen. Es geht um ihre Zukunft! Was man sich anderen gegenüber erlaubt, kommt eines Tages auch gegen einen selbst zurück. Das ist immer so gewesen. Menschenrechte sind unteilbar und aus diesem Grunde müssen wir hier handeln.



→ Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling ist Kultur- und Sprachwissenschaftler. Von 1982 bis 1992 war er Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen. Nach seinem Rücktritt als Minister widmete sich Schwarz-Schilling Südosteuropa und dabei insbesondere Bosnien-Herzegowina. 1995 wurde er zum internationalen Mediator für Bosnien-Herzegowina ernannt, von 2006 bis 2007 übernahm er das Amt des Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragten für Bosnien-Herzegowina und war mit der Umsetzung des Dayton-Abkommens in erster Hand beschäftigt. Gleichzeitig gründete er die Nichtregierungsorganisation CSS-Projekt für integrative Mediation, um ethnische und interethnische Kooperationen in Südosteuropa zu verbessern.

Friedensarbeit umfassend und langfristig gestalten

→ Marcus Lenzen

Wir haben heute viel über die europäischen Aussöhnungsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg gehört und ich stehe heute als personifizierte europäische Aussöhnung vor Ihnen. Ich bin Deutscher, weil meine Eltern beide Deutsche sind, und von Geburt wegen bin ich Brite. Es ist mit einer gewissen Ironie behaftet, dass ich seit drei Wochen als Deutscher im britischen Ministerium für Internationale Entwicklung tätig bin. Wer hätte das vor einigen Jahrzehnten für möglich gehalten!

Ich spreche heute allerdings aus einer Perspektive der Vereinten Nationen, bei denen ich fünf Jahre im Büro für Krisenprävention und Wiederaufbau tätig war.

Der Kalte Krieg bewirkte, dass die Vereinten Nationen ihr selbst gegebenes Mandat über Jahrzehnte nicht wirklich ausfüllen konnten. Mit dem Ende des Kalten Krieges änderten sich allerdings ihre Aufgabenbereiche sehr stark. Wir beobachten ab den 1990er Jahren Friedenseinsätze der Blauhelme in einem Umfang, der in den Jahrzehnten zuvor überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Seit Ende des Kalten Krieges bescherten der Balkan und viele andere Regionen der Welt Konflikte, die während des Kalten Krieges nicht so ausgeprägt hervorgetreten wären. Wir sehen immer mehr interne Konflikte und Bürgerkriege mit höchsten Gewaltausmaßen. Dies hatte man nicht mehr für

möglich gehalten, weder vor unserer eigenen Haustür – Beispiel Balkan – noch in vielen afrikanischen Ländern.

Globale und/oder lokale Verantwortung?

Als Mahnmal fehlender internationaler Verantwortung war 1994 der Völkermord in Ruanda ein Wendepunkt in der internationalen Politik. Wie hatte die internationale Gemeinschaft den Völkermord in Ruanda nicht sehen können, warum hatte sie nicht reagiert, warum den Genozid nicht verhindern können? In der Folge diskutierte die internationale Politik, wie man zukünftig mit Völkermord und Kriegsverbrechen umgehen wolle. Für die betroffenen Länder selbst – und dies sind inzwischen weit mehr Länder als nur Ruanda – stellt sich die Frage, wie die Vergangenheit nach massiven Menschenrechtsverletzungen und schwersten Kriegsverbrechen bis hin zu Völkermord aufgearbeitet werden kann und muss.

Auch die Vereinten Nationen beschäftigen sich zunehmend mit diesen Fragen. Über den Einsatz der Friedenstruppen (wie die berühmten Blauhelmeinsätze in allen möglichen Bündnisformationen) hinaus stehen Friedenserhaltung oder Friedensbewahrung nicht mehr allein im Zentrum des Interesses: Die UN-Friedensarbeit musste neu definiert werden und dabei massive Verletzungen des Völkerrechts, die systematische Missachtung

von Menschenrechten und massives Morden an Teilen der Bevölkerung in Betracht ziehen. Wie ist dabei das Selbstverständnis der UN – agieren sie hier als wortwörtlich gemeinte Vereinte Nationen oder als Organisation, die damit beauftragt ist, Programme und Projekte durchzuführen?

Zentrale Anhaltspunkte für die Vereinten Nationen sind die Friedensfähigkeit eines Volkes, welches sich in einem Bürgerkrieg unter Umständen buchstäblich zerrissen hat, und dessen Sozialisierung. Die Vereinten Nationen haben als internationale Organisation in den betroffenen Ländern ein konkretes Mandat und sie fragen: Wessen Aufgabe ist es, zu sozialisieren und Friedensfähigkeit zu vermitteln – ist dies die Aufgabe des betroffenen Volkes selbst oder ist es die Aufgabe externer Akteure? Welche Rolle kann die internationale Gemeinschaft (im Sinne von UN-Organisationen) oder ein Land wie Deutschland über die Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit hinaus haben, um anderen Ländern dabei zu helfen, friedensfähig zu werden oder sich neu zu sozialisieren?

Die hierfür zur Verfügung stehenden Instrumente schufen wir im Rahmen der UN in den vergangenen Jahrzehnten normativ durch die internationalen Menschenrechte: Wir sollen dafür einstehen, dass die Menschenrechte nicht mehr verletzt werden. Innerhalb der UN existieren Abkommen darüber, was den Menschen als



Wiedergutmachungsleistungen bei Menschenrechtsverletzungen zusteht. Insbesondere in den vergangenen fünfzehn Jahren entwickelte sich die strafrechtliche Seite, etwa durch die Schaffung des internationalen Strafgerichtshofes sowie – in dessen Vorfeld – die Gründung des internationalen Tribunals für das ehemalige Jugoslawien genauso wie der Tribunale, die sich mit dem Völkermord in Ruanda und den Kriegsverbrechen in Sierra Leone beschäftigt haben.

Unsere Ansätze greifen häufig zu kurz

Entscheidend ist, die richtige Mischung aus allen zur Verfügung stehenden Instrumenten auszuwählen und dieses Handlungsgerüst umzusetzen. Aber welche Instrumente wie internationale Strafgerichtshöfe, Tribunale oder Wiedergutmachungsleistungen sind finanziell in den betroffenen Ländern überhaupt möglich, die meist sehr arm und ohnehin auf internationale Unterstützung angewiesen sind?

Internationale Organisationen genauso wie deutsche Entwicklungsorganisationen setzen immer Programme und Projekte um, die im Regelfall eine relativ kurze Laufzeit haben und die innerhalb von zwei bis im Höchstfall fünf Jahren umgesetzt werden sollten.

In Ländern, die einen Bürgerkrieg beigelegt haben, präsentiert die internationale Gemeinschaft, die mit oder

ohne Blauhelme präsent ist, zahlreiche Optionen: Wahrheitskommissionen, Kriegsverbrechertribunale, Wiedergutmachungsleistungen und vieles mehr.

Eine Wahrheitskommission bietet sich zum Beispiel oft als vermeintlich passende Maßnahme an: Sie arbeitet für etwa zwei bis drei Jahre, lässt sich gut finanzieren und hat am Ende einen Bericht abzugeben – „und dann können wir das Projekt ja abhaken“. Ich sage es natürlich etwas provozierend, aber meine Erfahrung zeigt, dass unsere Ansätze häufig zu kurz greifen und nicht berücksichtigen, dass sich viele gesellschaftliche Veränderungen im Anschluss an Konflikt und Gewalt über sehr lange Zeiträume hinziehen. Die Debatten über Völkermord und Gewalt in Deutschland bewegen uns nach wie vor – auch 70 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Welche Unterstützung benötigt eine Gesellschaft, um friedensfähig zu werden und sich zu resozialisieren – welche Instrumente, Experten, finanziellen und andere Ressourcen? Hier ist viel historisches Verständnis gefragt, denn jede Situation ist einzigartig und erfordert eine individuelle Herangehensweise. Und doch werden viel zu häufig Standardlösungen, die sich an früheren Fällen orientieren, anvisiert, denn Institutionen, Regierungen und Organisationen neigen dazu, unter Zeitdruck Gelder so umzusetzen, wie es anderswo

gut funktioniert hat. Dies geschieht dann häufig auch noch viel zu spät.

Wir beschäftigen uns mit Menschenrechtsverletzungen meist nur so lange, wie sie im Scheinwerferlicht der internationalen Presse stehen. Dann wendet sich die internationale Öffentlichkeit dem nächsten Konflikt oder einer anderen Krise zu. Ruanda ist hierfür das dramatischste Beispiel. Europa und die Vereinigten Staaten beschäftigten sich mit dem Balkan und Ruanda fehlte einfach die internationale Aufmerksamkeit, mit desaströsen Konsequenzen.

Der UN-Generalsekretär läutet einmal im Jahr – am Weltfriedenstag – die Friedensglocke vor dem UN-Gebäude in New York. Das Personal der Vereinten Nationen kommt hierzu zusammen und gedenkt keinem anderen Völkermord und keinem anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit so sehr wie dem in Ruanda, denn für die Vereinten Nationen war dieses Versagen eine besonders große Enttäuschung, ungeachtet aller Versuche diverser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Herausforderungen beim Umgang mit der Vergangenheit

Im Folgenden skizziere ich einige Bruchstellen und Herausforderungen für die internationale Entwicklungs- und Friedensarbeit, die sich in der Vergangenheitsbewältigung nieder-



schlagen. In den vergangenen fünfzehn Jahren sind die Aufgaben der Friedensarbeit zunehmend komplexer geworden: Außer verfeindete Truppen zu entwaffnen, gilt es, Flüchtlinge und Vertriebene zu reintegrieren, Minen zu räumen, die Wirtschaft wieder aufzubauen und Versöhnung und Vergangenheitsarbeit (die sogenannten „soft issues“) zu unterstützen. „Vergangenheitsarbeit“ ist übrigens ein sehr deutscher Begriff; im Englischen sagt man hierzu „Dealing with the Past“, wörtlich übersetzt „das Umgehen mit der Vergangenheit“. Doch sehr stark festgesetzt hat sich der Begriff „Transitional Justice“ – ins Deutsche übersetzt: „Gerechtigkeit in einem Übergangsprozess“. Dieses Verständnis entwickelte sich ursprünglich in Lateinamerika. Gemeint war der Übergang von autoritären Regimen hin zu mehr Demokratie. Der Begriff wurde dann aber auf die Situationen nach Bürgerkriegen in den 1990er Jahren und auf die Transitionsprozesse einer Kriegsgesellschaft zu einer friedensfähigen Gesellschaft übertragen.

Gerechtigkeit im deutschen Sprachgebrauch hat viele verschiedene Bedeutungen aus der Perspektive der Strafjustiz, der Begriff bezeichnet aber eben auch Gerechtigkeit im höheren Sinne. Im Englischen ist es schon sehr viel schwieriger: „Justice“ kann zwar auch beides bedeuten, das Augenmerk liegt aber häufig sehr viel mehr auf der Strafgerichtsbarkeit. Wir kennen zum Teil die

andauernden Debatten über die lange Dauer und die hohen Kosten, die die internationalen Tribunale für das ehemalige Jugoslawien, für Ruanda und Sierra Leone verursachen. Viele fragen daher: Müssen wir Millionen Euro in solche Prozesse investieren, während in diesen Ländern doch Menschen hungern? Können diese Gelder nicht besser für etwas anderes ausgegeben werden? Brauchen wir diese Prozesse? Und letztendlich: Führt die internationale Strafgerichtsbarkeit zu Aussöhnung? Ist Strafgerichtsbarkeit das bedeutendste Instrument, sollten wir unsere Aufmerksamkeit primär darauf lenken?

Diese letzte Frage würde ich spontan eher mit Nein beantworten. Aber wir stehen wiederum vor den Herausforderungen, die richtige Instrumenten-Mischung zu finden und auf internationale Erfahrungen aufzubauen, die helfen, eine Gesellschaft wieder friedensfähiger zu machen.

Versöhnung braucht Zeit

In Deutschland hatten wir nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang ungleich größere Ressourcen für die Versöhnungsarbeit zur Verfügung als die meisten heute betroffenen Länder jemals haben werden. Insbesondere in den ärmsten der armen Entwicklungsländer verschränkt sich Armut sehr eng mit dem Potential für gewaltsame Konflikte. Dort müssen also Versöhnungsprozesse so gestaltet werden,

dass sie weniger Ressourcen beanspruchen und es muss berücksichtigt werden, dass das regionale politische Gewicht dieser Länder oft sehr schwach ist. Wie dies konkret aussehen könnte, ist zurzeit allerdings nicht klar.

Trotz der Vielzahl möglicher Instrumente bestehen viele Fragen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit. Der Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen fragte: „Worauf muss man achten, wenn man eine Wahrheitskommission einrichtet? Worauf muss man achten, wenn man in einem Land Strafgerichtsprozesse gegen internationale Menschenrechtsverletzungen einführen möchte?“ Die Antworten hierauf sind eher normativ; die Erfahrungen aus Prozessen geben keine wirklich gute Arbeitsanleitung, denn es existiert keine Anleitung für erfolgreiche gesellschaftliche Versöhnung.

Fazit

Die internationalen Ansätze zur Friedensförderung greifen häufig zu kurz. Versöhnungsprozesse und die Aufgabe, Gesellschaften wieder friedensfähig zu machen, müssen als sehr langfristige Prozesse verstanden werden. Die Aufarbeitung unserer deutschen Vergangenheit ist ein gutes Beispiel für einen Prozess, der sich über mehrere Generationen erstreckt. Wenn eine Generation einen Krieg hinter sich lässt, ist sie oft nicht in der Lage, die Verantwortung für die nächsten Generationen zu

übernehmen. Weil die internationale Gemeinschaft zunehmend in diesen Gebieten – auch militärisch – eingreift, muss sie sich der Frage stellen, was sie in den ersten Jahren mit den relativ kurzen Projekten dazu beitragen kann, für zukünftige Generationen die Weichen richtig zu stellen und solide Fundamente zu schaffen.

Gute Beispiele für Versöhnungsanstöße stellen etwa frühe Reformen im Bildungssektor dar, was jedoch nach dem Ende eines Bürgerkrieges meist eine der letzten Prioritäten darstellt. Schulbücher in Bosnien produzieren beispielsweise nach wie vor Feindbilder statt gesellschaftliche

Integration zu fördern. Historiker und Pädagogen sehe ich sehr selten bei internationalen Friedenseinsätzen. Sie sind mit Sicherheit nicht mit vielen Ressourcen ausgestattet und haben wenig gestalterischen Einfluss. Gerade für die Entwicklungszusammenarbeit, die ja eigentlich eine langfristige Perspektive im Auge hat, ist die Frage: Können wir hier nicht mehr dazu beitragen, was wir aus langfristigen Prozessen gelernt haben?

Es gilt immer wieder zu entscheiden, wie viele Ressourcen in die internationale Strafgerichtsbarkeit und in Tribunale fließen statt in weichere Prozesse der Versöhnung wie die

Reform des Bildungswesens. Das Beispiel Erinnerungspolitik: Denkmäler widmen sich primär Kriegsgefallenen, sie drücken erfahrenes Leid aus und mahnen. Aber wer gedenkt derjenigen, die in Zeiten von Gewalt Herrschaft und Krieg das Richtige getan haben, die den Nachbarn nicht verraten, ihn nicht ausgeliefert oder selbst umgebracht haben, sondern ihn im Keller versteckt oder ihm geholfen haben, außer Landes zu kommen?

All diese Beispiele zeigen die Komplexität der Friedensarbeit und wie kurzfristig bisherige Ansätze sind – trotz inzwischen ausgeprägter internationaler Menschenrechtsnormen.



→ Marcus Lenzen studierte an der London School of Economics und an der Universität Münster Politikwissenschaft. Er arbeitete zunächst beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und von 2004 bis 2009 im UN-Büro für Krisenprävention und Wiederaufbau. In diesem Zusammenhang bereiste er viele Länder und begleitete diverse Konfliktbearbeitungsprozesse, unter anderem in Afghanistan, Osttimor, Liberia, Niger, Tansania, Guatemala, El Salvador, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien. Marcus Lenzen ist seit September 2009 als Konfliktberater beim britischen Entwicklungsministerium DFID tätig.

Dilemmata, Brüche, Zeithorizonte – Zusammenfassung der Diskussion

→ Marc Baxmann (FriEnt)

Die Erfahrungen und Lehren deutscher Vergangenheits- und Erinnerungspolitik sind vielfältig – für die aktuelle Friedenspolitik werden sie jedoch kaum genutzt. Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden: Für jede Nachkriegsgesellschaft sind sie wichtige Bestandteile eines nachhaltigen Neubeginns. Die Vorstellungen darüber, in welcher Reihenfolge diese Themen bearbeitet werden sollten, variieren je nach Sichtweisen und Prioritäten.

Die deutsche Gesellschaft habe sich mit der Versöhnung nach innen schwer getan und der Umgang mit Tätern und Opfern habe sich nicht einfach gestaltet, so Jost Dülffer. Dies zeigten unter anderem die teils sehr emotional geführten Debatten über Denkmäler und Gedenktage in der Bundesrepublik bis 1990 und im wiedervereinigten Deutschland. Auch der mentale Wandel von einer von Gewalt geprägten Gesellschaft zu einem friedensfähigen Gemeinwesen sei schwierig und zeitintensiv gewesen. Daran müsse sich auch die aktuelle deutsche Friedenspolitik immer wieder erinnern und nicht zu einseitig auf schnelle und kurzfristige Lösungen setzen.

Make Laws, not War? In der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und in der consequenten Durchsetzung des internationalen Strafrechts in Nachkriegsgesellschaften sieht Christian Schwarz-Schilling entscheidende Bestandteile von Versöhnung und Gerechtigkeit. So

seien mit der Gründung der Vereinten Nationen wichtige Fundamente für den Weg zu Versöhnung und nachhaltigem Frieden gelegt worden. Allerdings verlange jeder Konflikt eine sorgfältige und individuelle Analyse anstelle von universal angewandten Patentrezepten sowie eine vernünftige Anwendung des Völkerrechts, denn das Völkerrecht lediglich als Abstraktum durchzusetzen, könne sogar zu erneutem Krieg führen.

Markus Lenzen erkennt dagegen nur selten, dass nationale oder internationale Strafgerichtsbarkeit und Verrechtlichung zu Versöhnung führen, weil häufig das Vertrauen der Gesellschaft in staatliche wie juristische Institutionen zerstört sei. Vielmehr scheine eine an die jeweilige Situation angepasste Mischung aus verschiedenen Maßnahmen hilfreich zu sein, um langfristige Versöhnungsprozesse zu unterstützen. Eine zeitliche Abfolge solcher Maßnahmen werde international sehr unterschiedlich eingeschätzt, so Lenzen.

Menschenrechtler würden zum Beispiel auf das Recht verweisen, strafgerichtlich gegen Kriegsverbrecher vorzugehen, auch um Zeichen zu setzen. Andere würden dagegen zu bedenken geben, dass hierdurch die Gewalt erneut ausbrechen könne und es daher besser sei, diese Art von Maßnahmen zu verschieben. Allerdings – so dann wieder die Gegenposition – könnten Menschenrechte nicht warten, weil auch die Opfer von

Menschenrechtsverletzungen zeitnah Gerechtigkeit erfahren sollten. Eine weitere Position würde dagegen die Schaffung und Wahrung von Sicherheit und Stabilität als dringlichste Aufgabe ansehen. Bei derartigen Debatten, die im Hinblick auf viele Nachkriegsgesellschaften geführt würden, gebe es nie eine einfache Lösung.

Christian Schwarz-Schilling richtete die Perspektive auf die betroffenen Menschen. Trotz aller Bemühungen, Versöhnung von außen zu unterstützen, könnten nur die Opfer selbst echte Versöhnung gegenüber Verbrechern herstellen. Dies sei ein schwieriger Prozess, für den zunächst einmal Recht herrschen müsse. Zunächst im persönlichen Bereich könnten zivilgesellschaftliche Initiativen oder Einzelpersonen Versöhnung anstoßen und dann auf der erreichten Rechtsstaatlichkeit aufbauen. Dies dürfe aber keine Ablösung von Rechtsfragen durch Versöhnung bedeuten. Erst wenn der Staat glaubhaft Recht hergestellt habe, dürfe Versöhnung dieses überlagern.

Marcus Lenzen sah dies anders: Zwar sei der Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit und rechtsstaatlichen Strukturen, ohne die bestimmte gesellschaftliche Prozesse nicht möglich sind, verständlich. Was aber bedeute Rechtsstaatlichkeit in einer Bevölkerung, die über Generationen hinweg kein Vertrauen in staatliche Institutionen entwickelt hat, in denen der Staat nicht sein gesamtes Territorium kontrolliert?



„Es gibt keine Blaupausen für die Friedensförderung. Aber 60 Jahre Bundesrepublik haben einen wertvollen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Erfahrungsschatz hinterlassen, auf den es sich immer lohnt zurückzugreifen.“ *Dr. Corinna Hauswedell*

Rechtsstaatlichkeit und rechtsstaatliche Institutionen zu schaffen in einem Land, in dem nie ein Grundvertrauen in den sozialen Vertrag zwischen Bürgern und Staat bestand, sei ein sehr langwieriger Prozess. Lenzen hinterfragte auch die häufig vorschnelle Einberufung von internationalen Tribunalen zur strafrechtlichen Verfolgung: Wie werde ein solches Tribunal von einer Bevölkerung wahrgenommen, der eine derartige Konfliktregelung nicht bekannt ist und die in ihrem täglichen Leben nicht zu einem Verwaltungsgericht gehen kann, um einen Konflikt regeln zu lassen? Daher sei es schwierig, diese Tribunale aufgrund von menschenrechtlichen Anliegen als Priorität zu setzen.

Vielmehr müsse überlegt werden, was vorher stattfinden muss. Lenzen sieht daher einseitig rechtlich orientierte Ansätze skeptisch: Was nützt es, ein funktionierendes Verwaltungsgerichtswesen aufzubauen, wenn andere gesellschaftliche Konflikte, die ihre Ursachen in Armut, Landkonflikten oder sozialer und kultureller Ungerechtigkeit haben, ungelöst bleiben und das Land wieder zerreißen?

Jost Dülffer spannte an diesem Punkt wieder den Bogen zurück zur deutschen Nachkriegsgeschichte: Zwar erscheine die These sinnvoll, dass Gerechtigkeit zuerst herrschen

müsse, um darauf stabilen Frieden aufzubauen. In der Geschichte sei dies aber oft genau umgekehrt gewesen. Hermann Lübke habe zum Beispiel vom „kommunikativen Beschweigen“ des Unrechts der NS-Zeit gesprochen. Dieses habe zur gesellschaftlichen Versöhnung beigetragen. In Südafrika habe man mit Wahrheitskommissionen versucht, nicht das Unrecht als solches zur Gerechtigkeit zu befördern, sondern Versöhnung zu praktizieren. Für Dülffer scheinen die Zusammenhänge daher komplexer zu sein.

Friedenspolitik beginnt zu Hause

Umfassende Friedenspolitik – hier waren sich die Diskutanten einig – beginnt schon vor der eigenen Haustür. Friedenspolitik beinhalte eine umfassende Verantwortung Deutschlands und der Europäischen Union, nicht nur im Hinblick auf Außen-, Entwicklungs- oder Sicherheitspolitik, sondern entsprechend einem kohärenten Politikansatz eben auch in Bezug auf Migrations- und Asylpolitik. Christian Schwarz-Schilling: „Wir reden ständig von Globalisierung, aber wir haben immer noch nicht begriffen, dass interne Politiken Auswirkungen auf Versöhnung und Frieden in anderen Ländern haben.“

Die Kohärenz zwischen Friedens- und Migrationspolitik stellte Schwarz-Schilling dabei auf den Prüfstand: „Unsere Politik muss im Gesamtzusammenhang konsistent sein. Wenn wir nicht bereit sind, dies zu berücksichtigen, haben wir die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Es kann keine Abschiede geben, ohne zu bedenken, was diese für das Heimatland bedeuten, welche Auswirkungen es für diese Menschen hat und wie sich die wirtschaftliche Situation darstellt. Wo sind die Außenpolitiker, die den Innenpolitikern sagen, dass sie gemeinsam eine Lösung finden müssen? Wir können hier nicht einfach Schubladenpolitik betreiben!“

Fazit: Umfassende und langfristige Ansätze gefragt

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass auch Bereiche wie etwa Bildung zu einer wirksamen Friedenspolitik beitragen können. Viele Ansätze würden hier bisher zu kurz greifen und auch hier könne man aus den deutschen Erfahrungen lernen. Echte Schritte zur Versöhnung könnten immer nur die Betroffenen selbst ergreifen. Der internationalen Gemeinschaft und den Nichtregierungsorganisationen käme dabei die Aufgabe zu, sie auf diesem Weg zu unterstützen.



Die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von acht staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit. FriEnt hat zum Ziel, das Thema Friedensförderung in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit besser zu verankern. Gemeinsame Lernprozesse, Kompetenzaufbau und Vernetzung der Mitglieder gehören dabei zu den zentralen Aufgaben.

Mitglieder sind:

- ▶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- ▶ Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- ▶ Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
- ▶ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ)
- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)
- ▶ Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor
- ▶ Konsortium Ziviler Friedensdienst
- ▶ Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/ Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)



Der Evangelische Entwicklungsdienst e. V. (EED) ist ein Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Jedes Jahr fördert er etwa 1500 Projekte und Programme. Der EED berät seine Partner und unterstützt sie finanziell. Er vermittelt Fachleute aus Europa in Projekte nach Übersee und vergibt Stipendien an Nachwuchskräfte aus Partnerländern.

Die Partner des EED sind Kirchen, christliche Organisationen und nichtkirchliche Träger. Mit ihnen gemeinsam arbeitet der EED weltweit für ein Leben in Würde. In Deutschland unterstützt der EED die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Gruppen und Gemeinden. Mit seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit trägt der EED entwicklungspolitische Anliegen in Kirche und Gesellschaft.

Der EED und das Diakonische Werk der EKD gründen bis spätestens 2013 in Berlin das „Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie“. Darin schließen sich der EED und „Brot für die Welt“ zu einem Entwicklungswerk zusammen, es heißt dann: „Brot für die Welt – Der evangelische Entwicklungsdienst“.



Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), eine gemeinnützige, private und kulturelle Institution, ist seit ihrer Gründung 1925 den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Sie verfolgt folgende Ziele:

- ▶ die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus fördern,
- ▶ begabten jungen Menschen unabhängig von den materiellen Möglichkeiten der Eltern durch Stipendien den Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen,
- ▶ zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beitragen.

Die FES will mit ihren Aktivitäten:

- ▶ die politische Erneuerung der sozialen Demokratie fördern,
- ▶ politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken,
- ▶ die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten,
- ▶ den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen und
- ▶ die Globalisierung sozial gestalten.

